

Bekanntmachung über das Widerspruchsrecht hinsichtlich der Weitergabe von Daten durch die Meldebehörde (Einwohnermeldeamt)

Es wird darauf hingewiesen, dass die Meldebehörde nach den Vorschriften des Bundesmeldegesetzes (BMG) Parteien, Wählergruppen und andere Trägern von Wahlvorschlägen in Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher oder kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorausgehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften von Gruppen von Wahlberechtigten erteilen darf, für deren Zusammensetzung das Lebensalter der Betroffenen bestimmend ist (§50 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 44 Abs. 1 Satz 1 BMG). Die Geburtstage der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden (§50 Abs. 1 Satz 2 BMG).

Die Meldebehörde darf außerdem Mandatsträgern, Presse oder Rundfunk Auskünfte aus dem Melderegister über Alters- und Ehejubiläen erteilen (Art. 50 Abs. 2 BMG) und Adressbuchverlagen für die Herausgabe von Adressbüchern Auskünfte zu allen Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erteilen (§ 50 Abs. 3 BMG).

Die Betroffenen haben das Recht, der Übermittlung ihrer Daten durch die Einreichung einer Übermittlungssperre zu widersprechen (§50 Abs. 5 BMG). Wer bereits früher einer entsprechenden Übermittlung widersprochen hat, braucht nicht erneut zu widersprechen; die Übermittlungssperre bleibt bis zu einem schriftlichen Widerruf gespeichert.

Wer von diesem Recht Gebrauch machen möchte, kann sich dazu mit der Stadt Marktrechwitz schriftlich oder auch persönlich wie folgt in Verbindung setzen:

Stadt Marktrechwitz
Einwohnermeldeamt
Bahnhofstraße 14
95615 Marktrechwitz
Zimmer: EG Nr. 6
Telefon: 09231/501-155
E-Mail: ewo@marktrechwitz.de

Um eine vorherige Terminvereinbarung wird gebeten.

Marktrechwitz, den 10.01.2025

gez.

Oliver Weigel
Oberbürgermeister